

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riefa. Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptkassamts Meißen.

Postsekondio: Dresden 1001. Große Straße Nr. 62.

Nr. 217.

Donnerstag, 17. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundstifts-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festsätze, Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riefa.

## Volkstum und Option.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Lage des Volkstums in Polen, insbesondere in den früher preussischen Teilgebieten wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gestellt. Wir stehen vor der erschütternden Tatsache, daß dort gegen die Stellung der Befreiung unserer Volksgenossen ein schwerer Schlag geführt wurde, der neuerlich zeigt, daß die Polen an ihrer bisherigen, auf die Vernichtung des deutschen Volkstums gerichteten Politik nicht nur festhalten, sondern darüber hinaus keine Möglichkeit ungenutzt lassen, die ihnen gestattet, die Methode zu verschärfen.

Der Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland, der gern als „Bank“ hingestellt wird, war denn auch lediglich ein Vorwand, um die Gewaltmaßnahmen ungehindert durchführen zu können. Wie bekannt, versuchte man deutscherseits immer wieder, Polen von seinem Vorhaben, welches die Anwendung der Methoden des Krieges mitten im Frieden bedeutet, abzubringen. Polnischerseits war man offenbar von vornherein entschlossen, die jedem menschlichen Empfinden hohnsprechenden Pläne unter allen Umständen durchzuführen, es gelang denn auch nicht, zu einer Entzweiung zu kommen. Polen scheint hierbei von der Erwägung ausgegangen zu sein, daß, wenn sich die Forderungen Deutschlands inzwischen durch die Schaffung der vollständigen „erlebte“ hätte, mit der Gegenleistung bald ein Übereinkommen möglich sein würde. Fürwahr ein Moment, das für die polnische Mentalität bezeichnend wäre.

In der Öffentlichkeit ist bisher immer die rechtliche und menschlich-moralische Seite der traurigen Angelegenheit behandelt worden. Die völkerrechtliche Seite, die in ihrem neuesten Heft die Grenzlandzeitung des B. D. U., die „Deutsche Arbeit“, beleuchtet. Was wir in diesen Tagen erleben, ist tatsächlich in anderer Form eine Wiederholung jener Massenflucht, welche nach dem Zusammenbruch von 1918 einsetzte und die in ihren Folgen zu einer erheblichen Schwächung des deutschen Volkstums in Polen führte. Wo feinerzeit die Ursachen dieser Umwanderung lagen, soll hier nicht untersucht werden; jedenfalls aber haben die Zurückgebliebenen aus eigener Erfahrung heraus die Bedeutung erkennen können, die einer Beeinträchtigung der Stärke ihres Volkstums zukommt. Wenn jetzt ein erheblicher Teil dieser Volksgenossen optiert und damit die Möglichkeit einer Ausweisung in Kauf genommen hat, so mußte er sich über die Auswirkungen, die ein solches Verhalten für seine Volksgemeinschaft hat, klar sein.

Wir verkennen gewiß nicht die große, vor keinem Opfer zurückweichende Vaterlandsliebe, wir verstehen es auch, daß unsere Volksgenossen ihre Reichsangehörigkeit nicht preisgeben wollten, aber wir können andererseits auch nicht umhin, die Dinge unter einem anderen Gesichtspunkt, dem der Bedeutung für die deutsche Volksgemeinschaft, zu betrachten. Hier aber kommen wir zu einer herben Kritik. Überall in Europa, wo Deutsche als sogenannte nationale Minderheiten leben, stehen unsere Volksgenossen in einem Kampf, der um das völkische Sein oder Nichtsein geht. Besonders schwer aber ringen unsere Brüder in Polen, das, wie bekannt, in seiner Politik hier keine Schranken kennt. Wie sollen diese Deutschen nun in einer Zeit der schweren Not, wo es auf jeden Mann ankommt, in einer schon durch Ausweisungen gelichteten Front das Verhalten ihrer Volksgenossen anders als Minderheit vor dem Feinde ansehen? Wie aber muß es auf sie wirken, wenn nicht einzelne, sondern Tausende ständen, keinen Fußbreit Boden dem Feinde preiszugeben und auch im kulturellen Kampf bis zum Neutrocknen standhalten, will er mit Recht stolz darauf sein, daß er ein Deutscher ist.

Vom Standpunkt der deutschen Volksgemeinschaft betrachtet, stellt sich die Option unserer Volksgenossen in Polen und die damit verbundene Umwanderung allgemein als die Aufgabe völkisch überaus wichtiger Positionen dar, als ein Verhalten, das unserem dortigen Volkstum schweren Schaden zufügt und auch seiner innerpolitischen Stellung als Minderheit abträglich ist. Hierbei nehmen wir natürlich die Fälle aus, in denen zwingende persönliche Gründe für das Verlassen des Wohnortes bestimmend waren. Im übrigen aber ist es Pflicht jedes einzelnen Deutschen, auf dem Wege auszuweichen, auf den ihn das Schicksal im Kampf um das Volkstum gestellt hat.

## Protest gegen Enteignung des Stifts Tepl beim Völkerbund.

Prag. (Zuspruch.) Der Minderheitenausschuß der deutschen politischen Parteien hat an das Sekretariat des Völkerbundes ein Memorandum gerichtet, in welchem gegen die tschechische Zwangsverwaltung Marienbads protestiert wird. Das tschechische Völkchen habe sich über den Spruch der ordentlichen Gerichte hinweggesetzt und offenbar in tschechischem Privatinteresse zu verhindern gesucht, daß der rechtmäßige Eigentümer Marienbads, das deutsche Stift Tepl, sein Eigentum zur freien Verwaltung zurückerhalte. Das tschechische Völkchen habe den Teil des Grundbesitzes des Stifts Tepl, auf welchem sich die Bellanden befinden, in Staatsbesitz übernommen und über die Badesanstalten die tschechische Zwangsverwaltung verhängt. Dieses Vorgehen widerspreche ebenso dem geltenden Völkchen wie auch dem durch die Friedensverträge gesicherten Schutz der Minderheiten.

## Die neue Mitteilung an Deutschland zur Sicherheitsfrage.

Berlin. Das am 15. September von dem französischen Botschafter de Margerie dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann übergebene Memorandum hat nachstehenden Wortlaut:

Bei Uebernahme der Note vom 24. August dieses Jahres an Herrn Stresemann war der französische Botschafter beauftragt worden, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitzuteilen, daß die französische Regierung in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten es für zweckmäßig halte, im Falle einer günstigen Annahme der besprochenen Note durch die deutsche Regierung den Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen durch eine Zusammenkunft juristischer Sachverständiger und weiterhin durch eine Begegnung der Außenminister der beteiligten Staaten zu beschleunigen.

Nach den nunmehr abgeschlossenen Besprechungen der Juristen in London glaubt die französische Regierung und ihre Alliierten, daß die in Frage kommenden Staaten ein gemeinsames Interesse daran haben, die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, und daß der Augenblick gekommen ist, einen Zeitpunkt für die geplante Zusammenkunft festzusetzen.

Für diesen Zweck dürfte das Ende des Monats September oder spätestens die ersten Tage des Monats Oktober eine geeignete Zeit sein. Die Konferenzen würde auf neutralem Gebiet, zweckmäßigerweise in der Schweiz, stattfinden, und zwar an einem Ort, über den sich die Regierungen noch zu einigen hätten.

Die französische Regierung und ihre Alliierten hoffen amersichtlich, daß diese Vorschläge den Wünschen der deutschen Regierung entsprechen, und daß diese in der Lage ist, ihnen alsbald ihre Zustimmung mitzuteilen.

Der Wortlaut der von dem englischen Gesandten, Botschaftsrat Addison, am 15. September übergebenen Note ist mit dem vorstehenden Text des französischen Memorandums vollkommen übereinstimmend.

## Deutsche Rückfragen nach London und Paris.

Berlin. Wie wir hören, hat die Reichsregierung nach Empfang der alliierten Einladung eine Reihe von Rückfragen an die englische und französische Regierung erheben lassen, auf die ein möglichst schneller Bescheid eingeht soll. Das Reichskabinett wird jedenfalls bis Montag im Besitz weiterer alliierter Mitteilungen sein, wenn es bis dahin einen Entschluß über die Teilnahme Deutschlands an der geplanten Ministerkonferenz fassen soll. Neuerdings spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Reichsminister Dr. Luther schon von Anfang an gemeinsam mit dem Außenminister Dr. Stresemann an der Konferenz teilnehmen wird.

## Abreise des Reichspräsidenten.

Berlin. (Zuspruch.) Der Herr Reichspräsident ist heute vormittag nach dem Ruhrgebiet abgereist.

Eisen. (Zuspruch.) Anlässlich des Besuchs des Reichspräsidenten veröffentlichte die Essener und Bochumer Blätter heute herzlich gehaltene Begrüßungsartikel zum Teil mit dem Bilde des Reichspräsidenten.

## Studentische Begrüßungsadresse an den Reichspräsidenten.

Bonn. (Zuspruch.) Dem Reichspräsidenten ist anlässlich seines Besuchs in Düsseldorf eine Adresse des Kreisverbandes der deutschen Studentenschaft zugegangen, in der mit Genugtuung festgehalten wird, daß eine der ihr zugehörigen Studentenschaften, die der Akademie für praktische Medizin in Düsseldorf, sich wiederum der Freiheit erfreuen darf. Mit ihr beklammert sie auf herzliche und im Bewußtsein inniger Verbundenheit alle Volksgenossen der nunmehr befreiten Gebiete, die mit ihr schwere Jahre hindurch um die deutsche Freiheit am deutschen Rhein gekämpft und gelitten haben. Der erste Schritt ist getan, aber noch harter der größte Teil des Rheinlandes und mit ihm die Studentenschaft der Technischen Hochschule Aachen, der Universitäten Köln und Bonn und der landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf der Stunde der Befreiung. Unterdellen sind die Studentenschaften der Hochschulen des noch besetzten Gebietes sich weiter der festen unauflösbaren kulturellen und völkischen Bande bewußt, die das ganze Deutschland seit jeher und für alle Zeiten mit den Geschicken der rheinischen Lande verknüpfen. Sie erneuern daher in die Hände Ew. Excellenz das Gebührende, daß das ganze deutsche Volk und die ganze Welt hören soll: Wir Studenten der rheinischen Hochschulen stehen neu und gläubig zu deutschem Volkstum und deutscher Kultur und Wissenschaft. Wir wollen deutsch und frei sein.

## Um das Reichsschulgesetz.

Berlin. Wie über den weiteren Verlauf der Besprechungen der Vertreter der Länderregierungen in Leipzig über den Reichsschulgesetzentwurf gemeldet wird, vermochten die Ländervertreter infolge der Schwierigkeiten, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und den kirchlichen Schulansichtungen zu überbrücken, keine Form zu finden, in die der als unzerstörlich bezeichnete Entwurf abgeschlossen werden könnte.

## Befreiungsfeier der Junktunde.

Berlin. Aus Anlaß der Reise des Reichspräsidenten in das befreite Gebiet (Düsseldorf, Essen, Duisburg und Düsseldorf), die von der Bevölkerung an Ruhr und Rhein als Krönung ihrer vollen Wiedervereinigung mit dem Vaterlande empfunden und begrüßt wird, veranstaltete die Berliner Junktunde gestern abend eine Befreiungsfeier, deren Vorbereitungen auf die rheinisch-westfälischen Sender übertragen wurden. Der Referent für die besetzten Gebiete Karl Grammer und der Oberbürgermeister von Essen, Staatssekretär a. D. Dr. Bracht, schilderten die namenlosen Leiden der Bevölkerung unter der Wälfür der Fremdberrschaft wie ihre bewundernswürdige Standhaftigkeit und schließlich die hohe Freude der endlich errungenen Befreiung erschütternd und erhebend. Vorträge des Berliner Junktundepräsidenten umrahmten die Reden.

## Deutsch-polnische Vorbesprechungen zu Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin. Gemäß der im Juli d. Js. getroffenen Vereinbarungen wurden die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages heute in einer gemeinsamen Sitzung der beiderseitigen Delegationen im Auswärtigen Amt wieder aufgenommen. Von beiden Seiten wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, möglichst bald zu einer Verständigung zu gelangen, wobei der deutsche Bevollmächtigte Graf von Helldorf betonte, daß auf deutscher Seite der Abschluß eines definitiven Handelsvertrages angestrebt werde, während der polnische Bevollmächtigte Graf von Helldorf den Abschluß eines Protokolls als Vorstufe zum definitiven Handelsvertrag vorschlug. Graf von Helldorf wies unter anderem auf die große Bedeutung einer befriedigenden Regelung der Fragen des Niederlassungsrechts und der Zollbindungen hin.

Zum Schluß wurde vereinbart, vor Beginn der offiziellen Kommissionsarbeiten im Wege unordnlicher Besprechungen zwischen je 2 von beiden Bevollmächtigten ernannten Vertretern das aus den früheren Verhandlungen vorliegende Material zu prüfen und eine Klärung der bestehenden Differenzpunkte vorzubereiten.

## Financial Times über den deutschen Handel.

London. In der Financial Times veröffentlicht der Chefredakteur Barrett einen weiteren Artikel über die Schwierigkeiten des deutschen Handels und gibt eine Besprechung mit Geheimrat Rühl vom Reichsverband der deutschen Industrie wieder, in der dieser u. a. ausgeführt habe, wenn deutsche Firmen auf ausländischen Märkten in Wettbewerb mit britischen Firmen Bestellungen erlangen, sei dies oft darauf zurückzuführen, daß die deutschen Firmen ihr Kapital häufig machen müßten, sei es auch unter Verlust. Ueber die europäische Wirtschaftslage habe Geheimrat Rühl gesagt, die politischen Schwierigkeiten seien sehr groß. Jeder der neuen vom Versailler Vertrag geschaffenen Staaten habe seine eigene industrielle und fiskalische Politik. Industrien würden künstlich an Orten entwickelt, wo keine natürliche Grundlage für ihr Bestehen gegeben sei. Wenn internationale Kartelle in Europa gebildet werden könnten, um die Produktion zu regeln, dann würden viele dieser künstlich geschaffenen Industrien verschwinden müssen. Aus diesem Grunde bestehe wenig Aussicht, daß die Schaffung internationaler Kartelle Erfolg haben werde. Selbst bei Kohle und Eisen, wo am meisten Grund für eine internationale Vereinbarung bestehe, sei bisher kein Erfolg in dieser Beziehung erreicht worden. Vor allem sei sehr wahrscheinlich, daß Amerika einer solchen Bewegung feindlich gegenüberstehen würde. Denn die amerikanischen Stahlwerke könnten, könnten sie die Nachfrage der deutschen Stahlwerke kaufen und dadurch ein Kontrolle über den Preis in Europa gewinnen.

## Gailung' Reise nach Amerika.

Nachdem das Sicherheitsproblem allem Anscheine nach in das Stadium der Verwirklichung einzutreten begonnen hat, darf Gailung nunmehr auch seine sicherlich nicht sehr angenehme Reise in das Land des großen Gläubigers antreten. Der französische Finanzminister erhält nach Darlegung seiner Schuldenregelungsvorschläge vom französischen Kabinett sehr weitgehende Vollmachten. Er wird sich allerdings nicht darüber im Unklaren sein, daß unter den Nachwirkungen der gesamten französischen Nachkriegspolitik die Stimmung, die ihn in Amerika erwartet, für seine heikle Mission nicht gerade günstig ist. Die amerikanische Presse hat unter dem Einfluß des Finanzkapitals dafür gesorgt, daß der Gedanke an Schuldenverfall, wie er bis in das letzte Jahr hinein in französischen Kreisen geboht wurde, drüben auch nicht einmal mehr andeutungsweise erörtert werden wird. Allerdings scheint man geneigt zu sein, unter dem Eindruck der in Europa sich anbahnenden Verständigung in den Formen der Schuldentilgung entgegenzukommen.

## Unwetterberührungen auf Formosa.

Ragasaki. (Zuspruch.) Wie aus Formosa gemeldet wird, wurde gestern die Stadt Keiung von einem schweren Gewittersturm heimgesucht. Hunderte von Häusern wurden unter Wasser gesetzt. Die telegraphischen und telephonischen Verbindungen sind durchbrochen. Zahlreiche Motor- und Fischerboote werden vermisst. Eine Reihe von Brücken wurde abgerissen oder beschädigt. Das amerikanische Schiff Hale soll in der Nähe des Leuchtturms auf Grund gelaufen sein.